



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 8. Dezember 1887.

Nr. 574.

Deutscher Reichstag.

8. Plenarsitzung vom 7. Dezember.

Das Haus und die Erläuterungen sind mäßig besetzt.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. v. Schelling nebst Kommis-

sarien. Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Den ersten Gegenstand bildet die erste Beratung des von dem Abg. Mundel (deutschfrei.) eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafe in Verbindung mit der ersten Beratung des von dem Abg. Kintelen (Zentr.) eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung und Ergänzung der Vorschriften der Strafprozessordnung über die Wiederaufnahme des Verfahrens, sowie die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen.

Abg. Mundel (deutschfrei.) empfiehlt die Annahme seines Antrages, welcher ein äußerst bescheidenes Maß von Forderungen enthalte und sich vollständig mit den Kommissionsbeschlüssen der vorigen Session decke. Der Antrag des Abg. Kintelen wolle die Entschädigung im Falle eines non liquet im Wiederaufnahmeverfahren ausschließen; vielmehr müsse der Staat für den durch Mißgriffe seiner Beamten verursachten materiellen Schaden in allen Fällen eintreten und es handle sich hier um einen unabwendbaren Rechtsanspruch und nicht um die Gewährung einer Gnade.

Abg. Kintelen (Zentr.) bezeichnet die Forderung des Ausschusses einer Entschädigung im Falle eines non liquet im Wiederaufnahmeverfahren als conditio sine qua non einer Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes in der vorgeschlagenen Richtung; in Folge dieser in seinem Antrage zum Ausdruck kommenden Beschränkung hoffe er auf eine zustimmende Stellungnahme der verbündeten Regierungen.

Abg. Klemm (Kons.) macht mehrere Bedenken gegen den Antrag geltend, bleibt aber in seinen einzelnen Ausführungen seines Dialekts wegen unverständlich. Der Bundesrath habe in Bezug auf frühere Beschlüsse des Reichstages erklärt, daß die daran geknüpften Erörterungen noch nicht abgeschlossen seien. Angesichts dieser Schläge könne er weder für eine kommissarische Beratung, noch für eine weitere Erörterung der Sache im Plenum sich entscheiden, so lange die verbündeten Regierungen nicht Stellung zur Sache genommen hätten.

Abg. Kulemann (nat.-lib.) bezeichnet den deutsch-freisinnigen Antrag als zu weit gehend, bekämpft indessen auch den sich in engeren Grenzen haltenden Antrag des Abg. Kintelen, insofern dieser gleichzeitig die gelegentliche Regelung einer Frage von so weittragender Bedeutung, wie die des Wiederaufnahmeverfahrens ins Auge fasse; Redner verlangt, daß in den betreffenden freisprechenden Erkenntnissen ausgesprochen werde, ob die Freisprechung wegen mangelnder Beweise oder deshalb erfolgt sei, weil sich die Unschuld des Angeklagten herausgestellt habe, da er nur in letzterem Falle einen Entschädigungsanspruch zugebilligt sehen möchte.

Bundeskommissar Geh Ober-Regierungsrath v. Lenthe erklärt, daß der Bundesrath den begünstigten Reichstagsbeschluss abgelehnt habe, indem er geglaubt, diese Angelegenheit vertrauensvoll den Einzelstaaten überlassen zu dürfen.

An der weiteren Diskussion betheiligen sich noch die deutsch-freisinnigen Abgg. Mundel und Träger, sowie der Abg. Kintelen, welche nochmals für die gestellten Anträge eintreten, ohne bei der erschöpfenden Behandlung, welche diese Materie bereits im Hause erfahren, neue Gesichtspunkte geltend machen zu können.

Darauf wird die Diskussion geschlossen; die zweite Lesung wird demnächst im Plenum erfolgen.

Es folgt die erste Beratung des von dem Abg. Mundel (deutschfrei.) eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der §§ 73 und 80 des Gerichtsverfassungsgesetzes. (Zukunft der Schwurgerichte.)

Abg. Mundel (deutschfrei.) bittet, diesem

Antrage ebenso großes Wohlwollen entgegenzubringen, wie dem vorher beratenen. Es handelt sich dabei nicht um einen Parteienantrag, auch nicht um einen früheren Beschluss des Reichstages, aber wohl um einen Beschluss früherer Parlamente. Der Antrag enthalte durchaus kein Mißtrauen gegen die Berufsrichter, denn der Antrag sei schon gestellt worden zu einer Zeit, wo man noch von dem liberalen Kreisrichter sprach und den jetzigen Amtsrichter noch nicht kannte. Aber der Zug der Zeit gehe jetzt doch dahin, alle Beamten des Staates der gegenwärtigen Regierung dienstbar zu machen, sie nach Belieben zu belohnen und zu bestrafen. Daher ist es wohl besser, wenn wir die politischen Vergehen den Schwurgerichten überweisen. Die Klagen wegen Beleidigung des Reichskanzlers sind wohl jetzt die häufigsten. Der Herr Reichskanzler untersteht der Autorität der Gerichte nicht, sondern unterliegt der Gerichtsbarkeit des kommandirenden Generals des dritten Armee-Korps. Wenn der Herr Reichskanzler sich beleidigt fühlt, so werden die Richter sich dieser Autorität beugen müssen; denn der Herr Reichskanzler muß doch wissen, wenn er beleidigt ist. Es gilt in unseren Zeiten, die politischen Vergehen den politisch-militärischen Rüdichten zu entziehen. Denn manche unserer Richter scheinen in erster Linie Leutenants der Reserve und dann erst Richter zu sein, wenn man ihren Visitenkarten trauen darf. Redner führt die Prozesse des Staatsanwalts Heym in Hirschberg gegen den „Boten aus dem Riesengebirge“ dem Hause ausführlich vor. Der Staatsanwalt Heym habe in der Presse an den Reichskanzler den Reichstag als unpatriotisch bezeichnet, seine Beschlüsse undankbar und schmachvoll genannt. Derselbe Staatsanwalt klagte die genannte Zeitung nachher wegen Beleidigung des Reichstages an. Freilich war das der neugewählte Reichstag. Redner führt dann noch mehrere Beispiele an, welche den „Boten aus dem Riesengebirge“, die „Freisinnige Zeitung“ und den „Reichsfreund“ betreffen. Diese Richtersprüche zeigen mindestens eine subjektive Beeinflussung der Richter. Das Urtheil des Reichsgerichts über die geheimen Verbindungen ist sehr bedenklich, ebenso die Urtheile über die Versammlungen. Die Ehre des Staatsanwalts Heym hat man sehr hoch tarirt, aber die Ehre verschiedener Reichstags-Abgeordneter, zum Beispiel der Abgg. Lerche und Mayer-Würtemberg, tarirte man sehr niedrig. Wir verlangen die Verweisung der politischen Prozesse an die Schwurgerichte. Da Sie (rechts) davon sprechen, daß ein konservativer Hauch durch die Welt geht, so werden Sie ja die schönsten konservativen Geschworenen-Gerichte erhalten. Wenn der Prozesse wegen des großen Apparates nur etwas weniger würden, ein großes Unglück wäre es nicht. Die Richter sollen außerhalb der politischen Strömung gestellt werden, sie sollen in ihrem Berufe nicht jeden Augenblick an ihre politische Gesinnung erinnert werden. Daß die Schwurgerichte auch für diese Prozesse ausreichen, sehen wir in Bayern und Oesterreich. Eine Gefahr bringen sie nicht. Berücksichtigen Sie das ehrwürdige Alter des Antrages und nehmen Sie ihn an.

Abg. Dr. Hartmann (deutschfrei.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen, indem er darauf aufmerksam macht, daß sich das politische und das öffentliche Interesse, welches für die Erhebung einer Anklage maßgebend sei, keineswegs decke. Die angeführten Fälle, welche Redner einzeln auf ihre minimale Bedeutung zurückführt, könnten keineswegs als auch nur annähernd ausreichend betrachtet werden, um eine so einschneidende Aenderung des gegenwärtigen Zustandes zu motiviren, mit welchem die Majorität des deutschen Volkes durchaus zufrieden sei. (Zusimmung rechts.) Der Antragsteller habe zwar das Bedürfnis gehabt, seinen Antrag zu befürworten, allein es hätten ihm überzeugende Gründe gefehlt (Sehr richtig! rechts) und er habe gleichzeitig das Bedürfnis gefühlt, gewisse ihm unliebsam erscheinende Vorgänge hier zur Sprache zu bringen und auf diese Weise sei das Haus zu der Mundel'schen Rede gekommen. (Sehr gut! rechts.) Eine vollkommene Gleichmäßigkeit der Rechtsprechung werde sich niemals herstellen lassen, denn es gelte auch hier das: „Andere Verhältnisse, andere Wirkungen!“ und die Ge-

schworenen seien doch, so zu sagen, ebenso gut Menschen, wie die Richter, so daß sie in gleicher Weise menschlichen Irrthümern ausgesetzt seien. Man möge auch bedenken, daß sich die Presse in rechtlicher Beziehung gegenwärtig weit besser befinde, als vor Einführung des Gerichts-Verfassungsgesetzes; seitdem werde das Pressgewerbe nicht nach Ausnahme-Maßregeln behandelt, und für nicht schlechter, aber auch nicht besser gehalten, wie jedes andere Gewerbe. Es sei durchaus nicht unmöglich, daß, wenn man an den gegenwärtigen Zuständen rüttelte, ein die Presse noch ungünstiger stellender Rückschlag erfolgen könnte. Redner schließt, indem er nochmals davor warnt, in einer Zeit, welche dem deutschen Volke so ernste und schwere Aufgaben stelle, deren Lösung die allwärts drohenden Umsturz-Bestrebungen unterdrücken solle, ein derartig in das Gebiet des Rechtslebens einschneidendes Experiment zu machen, während die Mehrheit des Volkes mit dem bestehenden Zustande vollständig zufrieden sei. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) hält die Erweiterung der Kompetenzen der Geschworenen-Gerichte für wünschenswerth, während er andererseits namentlich in Rücksicht auf die landlichen Verhältnisse eine zu große Belastung der Geschworenen-Gerichte für bedenklich hält; Redner spricht sich gleichzeitig gegen eine weitere Beschränkung der Öffentlichkeit aus, will auch die richterliche und staatsanwaltschaftliche Karriere mehr, als gegenwärtig auseinander gehalten wissen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Tagesordnung: Beratung der Gesetzentwürfe betr. die Einführung der Gewerbe-Ordnung in Elsaß-Lothringen und betr. die Beschränkung der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen.

Schluss 4 3/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. Die beglaubigten Mittheilungen, welche über die Unterredung des Zaren mit dem Fürsten Bismarck in die Öffentlichkeit gelangten, betonen die offene und rückhaltlose Sprache, in welcher der deutsche Reichskanzler über die Lage sich ausgesprochen hat. Man darf annehmen, daß es das Ziel der deutschen Politik im Augenblick vor allem ist, so viel es an ihr liegt, klare Verhältnisse zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkte aus muß man in erster Linie die Haltung Deutschlands in der Frage der russischen Truppenanhäufungen beurtheilen, eine Haltung, die ebenso gegen das System der Täuschung als das der Selbsttäuschung gerichtet ist.

Was Rußland betrifft, so ist es nicht mehr als billig, anzuerkennen, daß die Presse, soweit wir sie übersehen können, gegenüber Deutschland und Oesterreich seit einigen Tagen eine gewisse Reserve an den Tag legt, wie man sie seit langer Zeit gewohnt ist — es fragt sich einzig, wie lange dieselbe dauert.

Die Beziehungen Englands zu dem Dreibund werden in verschiedenen offiziellen Organen behandelt. Es bekräftigt sich daraus die von der „National-Zeitung“ ständig festgehaltene Version, daß von einer „Angllehrung“ Englands nicht die Rede ist, daß aber in erster Linie mit Italien, in zweiter auch mit Oesterreich eine derartige Intimität besteht, die für alle Fälle, wo die englische Interessensphäre durch den Friedensbruch einer Macht bedroht wäre, schon die Grundbedingungen gemeinsamer Aktion feststellt hat.

Nachdem die öffentliche Meinung Europas Zeit gefunden hat, sich über die in Frankreich durch die Wahl Sadi Carnot's geschaffene Lage näher zu orientiren, ist die anfängliche allgemeine Befriedigung in raschem Verfließen begriffen. Als Ergebnis bleibt, daß die Verfassung der Republik einen nicht wieder gut zu machenden Stoß erhalten hat und keine der Schwierigkeiten entfernt ist, mit welchen Greys zu ringen hatte. Man darf als wahrscheinlich annehmen, daß mit dem Augenblick der vollzogenen Wahl Carnot's zum Präsidenten bereits das Spiel der Intriguen begonnen hat, welche diesem das Schicksal seines Vorgängers bereiten sollen.

Vor einer der Strafkammern des hiesigen Landgerichts kam heute die Beleidigungs-Anklage gegen den Begründer von Richterfelde, Herrn von Carstenn, zum Abschluß; der Ange-

klagte wurde, da die Thatfache einer großen Anzahl von ihm gegen das Kriegsministerium resp. die Bauverwaltung desselben verübter Beleidigungen unbestreitbar war, zu einer Geldstrafe von 210 Mark verurtheilt. Aber schon dieses für zehn zum Theil schwere Beleidigungen sehr milde Strafmaß, noch mehr jedoch die Begründung desselben verwandelt die formale Verurtheilung des Angeklagten in eine tatsächliche Rechtfertigung desselben. Der Gerichtshof hat im Wesentlichen die Angaben des Herrn v. Carstenn über vertragswidrige und unzulässige Maßnahmen der Bauverwaltung des Kriegsministeriums, wodurch er, der bekanntlich den Baugrund für die Zentral-Kadettenanstalt in Richterfelde dem Staate geschenkt hat, ruiniert worden sei, als richtig anerkannt. Das Kriegsministerium hat sich an der Verhandlung nicht betheiligt, indem, den bestehenden Bestimmungen gemäß, dem Kriegsminister und den betheiligten Beamten das Erscheinen als Zeugen vor dem Gericht nicht gestattet worden war. Die Angelegenheit wird aber innerhalb des Ministeriums unmöglich als damit erledigt erachtet werden können.

Aus der heutigen Sitzung der Budget-Kommission ist noch Folgendes zu berichten: Bei den Forderungen für die überseeischen Schutzgebiete machte Staatssekretär Graf Biemarck Mittheilungen über die erfreulichen Resultate im Logogebiet. Die Kosten für die Station in Kamerun betrugen 80,000 für Togo 45,000 M. Die erstere leitete Lieutenant Rund mit einem Botaniker, einem Geologen und einem Techniker; die in Togo Lieutenant Wolff mit zwei Beamten. Eine dritte Station wird Dr. Hutzgraff errichten. Aus dem Fonds für die Erforschung Zentral-Afrikas beziehe die „Afrikanische Gesellschaft“ nichts mehr. Für das Schutzgebiet in Kamerun haben sich die Ausfuhrzölle als nicht ausreichend erwiesen, es seien auch durch dieselben die Artikel Palmkerne und Palmöl in der Konkurrenz auf den Weltmarkt geschädigt worden. Daher habe man Einfuhrzölle eingeführt. In Togo habe man von französischer Seite Zölle ursprünglich nicht für nöthig gehalten, sich aber dann schließlich auf niedrige Zölle geeinigt. Es sei das bedauerlich, denn es könne in Folge dessen auch wenig für das Land geschehen. Bei dieser Gelegenheit machte Staatssekretär Graf Biemarck unter Vorlegung von Proben noch nähere Mittheilungen über die Goldfunde, welche von australischen Goldgräbern an mehreren Stellen im Kameruner Gebiet gemacht worden sind und welche sich im Gebiet der westafrikanischen Gesellschaft befinden. Wie große Resultate zu erwarten seien, lasse sich noch nicht übersehen. Das Reich werde Einnahmen daraus nicht haben. Die Gesellschaft treffe Vorkehrungen, um in den Goldfeldern die Ordnung aufrecht zu erhalten, der Reichskommissar betheiligte sich daran nicht. Der Etat des auswärtigen Amtes wurde unverändert genehmigt. Nächste Sitzung Freitag.

Die gemessene und reservirte Haltung der Berliner Bevölkerung hat nach einem Petersburger Bericht der „Schles. Ztg.“ den Beifall des Zaren gefunden. Derselbe schreibt: „Es verdient hervorgehoben zu werden, wie anerkennend sich der Zar über die Haltung des Berliner Volkes ausgesprochen hat, und nach der außerordentlichen Art, in welcher er diese Haltung hervorhebt, muß man fast annehmen, daß sie ihn überrascht hat und daß er auf das Gegenheil gefaßt war. Wer weiß, ob nicht die orleanistischen Ränkespinner, welche ihm in so geschickter Weise falsche Berichte über Deutschlands Haltung Rußland gegenüber beibrachten, als sie ihm von dem Besuch in Stettin und später sogar von dem in Berlin abriethen, auf die Haltung der Pariser anlässlich des Besuchs Alfonsos XII. hingedeutet haben; in ihren und in russischen Augen steht das feingebildete Pariser Volk hoch über dem Berliner. Aber die Berliner Bevölkerung hat durch ihre Haltung Ehre eingelegt.“

Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: Die bekannte Rundgebung des Wiener „Fribl.“ über die russischen Truppenansammlungen längs der galizischen Grenze haben in weiteren Kreisen eine ziemlich hochgradige Aufregung zu Wege gebracht, als sei dadurch plötzlich ein ganz neues Moment in die auswärtige Konstellation hineingetragen worden. Kompetente Beurtheiler der

politischen Lage wissen, daß dem nicht so ist; sie wissen, daß im Großen und Ganzen die Verhältnisse heute noch ebenso liegen, wie das schon seit Wochen und Monaten der Fall gewesen, und sind deshalb von der jetzigen Stellungnahme des genannten Wiener Pressorgans nicht im mindesten überrascht. Das Zeugnis des Wiener „Fremdenblatts“ beweist uns, daß man in Wien sich dem Berliner Standpunkte angeschlossen hat und sein Verhalten demgemäß einrichtet. Wir sind daher wohl zu der Hoffnung berechtigt, daß die Andeutungen des „Fremdenbl.“ zu einer Klärung der Situation führen und vielleicht sogar den Kaiser Alexander zu der Einsicht bringen dürften, daß die Abgeschlossenheit seiner Lebensweise von Elementen seiner Umgebung benutzt wird — ob aus Interesse oder aus Mißverständnis, mag hier unerörtert bleiben — wir erinnern an die Affäre der gefälschten Altenstücke — ihm ein unzutreffendes Bild der Weltlage vorzuführen.

Der Ausschuss des preussischen Volkswirtschaftsraths, an welchen vom Plenum die Grundzüge der Alters- und Invaliden-Versicherung zur Vorberatung überwiesen waren, hat gestern und heute Sitzungen abgehalten und folgende Beschlüsse gefaßt:

Die unter Punkt 1 der Grundzüge aufgeführten versicherungspflichtigen Personen sollen erst „vom 16. Jahre an“ versichert werden dürfen. Ein Antrag auf Anschluß der selbstständigen Gewerbetreibenden der Hausindustrie von der Versicherungspflicht, die nach den Grundzügen durch Beschluß des Bundesraths ausgesprochen werden kann, wurde abgelehnt.

Im Laufe der Diskussion über die Punkte 3 und 4, in denen u. A. dem Bundesrathe die Entscheidung darüber anheimgestellt ist, Mitglieder anderer Rassenelastigungen, welche die Alters- und Invaliden-Versicherung zum Gegenstand haben, von der Versicherungspflicht zu befreien, wurde seitens der Regierungsvertreter klargestellt, daß es sich bei den „anderen Rassenelastigungen“ vornehmlich um staatliche und kommunale Rassen handle, daß dabei allerdings auch an andere Rassen gedacht worden sei, aber nur sofern sie eine sichere Gewähr für dauernde Leistungsfähigkeit darbieten; dies treffe im Allgemeinen bei den freien Rassen nicht zu, und würde deshalb der Bundesrath niemals die Mitglieder solcher Rassen von der Versicherungspflicht befreien, wenn nicht die dauernde Prästationsfähigkeit sicher garantiert werden könne. Die Punkte 3 und 4 wurden darauf ohne Aenderung angenommen.

Bei Punkt 5, in welchem festgesetzt wird, daß die Altersversorgung mit volldem 70. Lebensjahre eintritt, wurde ein Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze bis zum 65. Lebensjahre gestellt, indessen abgelehnt.

Sodann wurde auf Punkt 2 rekurriert. In demselben wird bestimmt, daß Personen, welche Pensionen oder Wartegelder im Betrage von jährlich 120 Mark oder mehr beziehen oder welchen auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung der Bezug einer jährlichen Rente von mindestens demselben Betrage zusteht, der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Es wurde beschlossen, das Minimum der jährlichen Rente für die der Unfallversicherung unterliegenden Arbeiter von 120 auf 250 Mark zu erhöhen, damit diejenigen Arbeiter, welche eine Unfallrente beziehen, in ihren Ansprüchen auf die Invalidenrente nicht beschränkt würden.

Punkt 7 bestimmt, daß der Anspruch auf Invalidenrente für solche Versicherte wegfällt, welche sich erweislich die Arbeitsunfähigkeit vorfalschlich oder durch schuldhaftes Vertheilung bei Schlägereien oder Raufhändeln zugezogen haben. Es wurde der Antrag gestellt und angenommen, daß der Anspruch nur dann wegfallen solle, wenn durch strafrechtliches Urtheil dieses Verschulden der Versicherten festgestellt sei.

In den Punkten 7 und 8 wird ferner bestimmt, daß aus Billigkeitsgründen die Rente vor Ablauf der Wartezeit z. c. gewährt werden könne. Ein Antrag, diesen Passus zu streichen, fand nicht die Mehrheit des Ausschusses. Bezüglich der Wartezeit bei der Invalidenrente in Punkt 8 wurden Anträge auf Verfürzung derselben auf ein bzw. drei Jahre gestellt, und wurde der letztere Antrag angenommen.

Punkt 9 setzt als Beitragsjahr einen Zeitraum von 300 Arbeitstagen fest. Es wurde beschlossen, das Beitragsjahr auf 280 Kalenderarbeitstage zu normiren.

Punkt 10 handelt im ersten Absatze von der Aufbringung der Mittel. Es wurde der Antrag gestellt, den Reichszuschuß zu streichen. Dieser Antrag wurde jedoch mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt.

Alinea 1 und 2 des Punktes 13, in welchem die Höhe und Steigerung der Invalidenrente festgesetzt wird, wurden ohne Diskussion angenommen.

Die Sitzung des Ausschusses wurde auf Donnerstag 10 Uhr vertagt.

Aus San Remo wird der „M. Z.“ folgendes telegraphisch gemeldet:

Der Kronprinz fuhr heute (Dienstag) bei schönstem Sonnenschein mit Dr. Krause nach Döberitz. Gestern Abend wohnte die kronprinzliche Familie dem zweiten Auftreten Rossis im Theater bei.

Von Döberitz ging der Kronprinz zu Fuß nach Colla hin und zurück, einen Weg von zwei Stunden, und machte nachmittags abermals einen längeren Spaziergang. Ein späteres Telegramm lautet: Völliger

Umschwung im Urtheil über die Krankheit des Kronprinzen. Brief unterwegs.

München, 7. Dezember. Das Gemeindekollegium, welches heute zum ersten Male nach der Neuwahl zusammentrat, wählte einen gemischten Vorstand, bestehend aus dem ultramontanen ersten Vorsitzenden Schultes, dem liberalen zweiten Vorsitzenden Kommerzienrath Haenle und je einen Schriftführer beider Parteien.

Umschwung.

Wien, 7. Dezember. Anlässlich der Melbung eines hiesigen Blattes, daß an die russische Regierung von interessierten Mächten eine diplomatische Anfrage betreffs der auffallenden Truppenvermehrung an der Grenze ergangen sei, kann das „Fremdenblatt“ auf Grund authentischer Informationen versichern, daß von einem solchen Schritte in hiesigen maßgebenden Kreisen absolut nichts bekannt sei.

Paris, 7. Dezember. Die „Liberte“ bringt folgende anscheinend von der hiesigen russischen Botschaft stammende Note bezüglich der österreichisch-russischen Beziehungen: In Petersburg sei man über die Beunruhigung der österreichischen Presse hinsichtlich der Truppenkonzentration an der galizischen Grenze sehr erstaunt. Die von verschiedenen Kavallerie-Dispositionen vorgenommenen Bewegungen hätten nur den Zweck, sich in Gegenden zu begeben, wo Vorräthe aufgesamlet seien, da in Folge sommerlicher Dürre Futtermangel im Lande herrsche. Das sei absolut Alles! Allein man sei erstaunt, daß die österreichische Regierung diese Gerüchte nicht dementiren lasse, welche belästigend seien für den Zaren, der von seiner Loyalität gegenüber Oesterreichs Kaiser so viele Beweise gegeben habe. Der „Temps“ meint, die Kriegsgerüchte der deutschen Offiziere wären bestimmt, angesichts der Landwehr- und Landsturm-Vorlage graulich zu machen, wie ähnliche Manöver anlässlich der Septennats-Frage gemacht seien.

Petersburg, 6. Dezember. Die Wahl Sadi Carnots nimmt neben den Enthüllungen über die gefälschten Altenstücke vollständig das Interesse des russischen Publikums in Anspruch; Sadi Carnot wird immer sympathischer begrüßt, da Frankreich dadurch vorläufig aus der Krise heraus sei und, eingedenk, daß ihm Rußland freundschaftsvoll gestand bliebe, sicherlich auch fernerhin sich gut zu Rußland stellen würde. Für Rußland wiederum sei eine gewisse Machtstellung Frankreichs nöthig. Dies ungefähr ist durchweg die leitende Idee aller bezüglich russischen Besprechungen. Die Enthüllungen über die gefälschten Altenstücke werden von den russischen Kreisen täglich mehr angezweifelt; letztere berufen sich dabei auf den gleichen Skeptizismus der Wiener Kreise, woselbst man den Fürsten Bismarck bestens kenne und ihm starke Erfindungsgabe (!) zutraue. (In Wiener Blättern sind uns derartige Bespödigungen nicht begegnet; dieselben dürften die russischen Zeitungen sich vielmehr erfunden haben. D. Red.)

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. Dezember. Wie der „Nat. Tid.“ aus Lyngby in Jütland berichtet wird, ist in der Nacht vom 2. zum 3. d. Mts. während eines veranartigen Sturmes die deutsche Brigg „Johann Friedrich“ von Wolgast, auf der Reise von Ortshy nach Stettin mit einer Ladung Kohlen, dort gestrandet und binnen kurzer Zeit vollständig zertrümmert worden. Von der Schiffbesatzung wurden nur der Steuermann Heinrich Schönborn aus Memel und der Schiffszimmermann Weberitz aus Jansen bei Stettin auf Bruchstücken ans Land geworfen, während leider die übrige Besatzung ihren Tod in den Wellen fand, nämlich Kapitän Heinrich Strud, die Matrosen Johannes Laft aus Wollin, Karl Gsch, Hermann Baruth, Jungmann Albert aus Wolast (Wolgast), Karl Reichel aus Ziegenort. Binnen kurzer Zeit langte von Königsberg der mit 10 Pferden bespannte Raketenapparat und auch das Rettungsboot in Lyngby an, aber gleichzeitig war auch schon die Brigg zertrümmert, so daß die Rettungsapparate nicht in Thätigkeit kamen.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung zu Grabow a. D. stand u. A. wieder die Frage wegen Einführung von Gasbeleuchtung in Grabow auf der Tagesordnung. Von dem Direktor der Stettiner Chamotte-Fabrik vormals Dittler Herr Lenz, ist, wie wir f. Z. mitgetheilt, der Stadt das Anerbieten gemacht worden, auf seine Kosten dort eine Gasanstalt zu erbauen und die Stadt mit Gasbeleuchtung zu versehen. Die von Herrn Lenz aufgestellten Bedingungen haben jedoch nicht die Zustimmung des Magistrats gefunden, da dieselben eine Beschränkung und Belästigung der Kommune bedingen, auf die der Magistrat nicht eingehen zu können geglaubt hat. Der Magistrat ist darauf mit anderweitigen Vorschlägen und Bedingungen an den Unternehmer herangetreten, und lag das darauf von Herrn Direktor Lenz eingegangene Antwortschreiben gestern der Versammlung zur Kenntnissnahme vor. Dasselbe lautete kurz dahin, daß auf die vom Magistrat gemachten Vorschläge und Bedingungen hin sich wohl kein Unternehmer finden würde, der auf die Sache eingehe. Herr Bürgermeister Knoch steht mit dem Magistrat auf dem Standpunkt, daß man vor allen Dingen Herr im eigenen Hause bleiben müsse, dies sei aber nicht mehr der Fall, wenn man auf die Bedingungen des Herrn Direktor Lenz eingehe, die Kommune sei dann auf 36 Jahre gebunden und habe schließlich nur das Recht, die ganze Anlage für den Preis von etwa 260 000 Mark zu erwerben. Der Stadt Pese-

walk sei von einem andern Unternehmer ein ähnliches, aber viel günstigeres Anerbieten gemacht worden; nach demselben falle der Stadt die Anlage nach einem Zeitraume von 40 Jahren unentgeltlich als Eigentum zu. Daß der Magistrat aber auf die von Herrn Direktor Lenz eingegangene Antwort noch weiter mit ihm unterhandeln solle, könne Niemand verlangen; er beantrage daher, die Sache ad acta zu legen. Wenn durchaus eine Verbesserung der Beleuchtung nöthig sei, so möge man die in der elektrischen Beleuchtung starker zu erwartenden Verbesserungen abwarten und dann der Angelegenheit wieder näher treten. Herr Oberingenieur Brennhauseu hält die Anlage einer elektrischen Beleuchtung für ausichtslos, schon der bedeutend höheren Kosten wegen. Nach längerer lebhafter Debatte stellte schließlich Herr Brennhauseu den Antrag, eine gemischte Kommission zu ernennen, welcher es obliegen soll, auf Grund der gemachten Offerte Bedingungen festzustellen, worauf dann die Errichtung einer Gasanstalt öffentlich ausgeschrieben werden soll. Nachdem auch Herr Bürgermeister Knoll diesem Antrage zugestimmt, wurde derselbe von der Versammlung angenommen. Als Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung wurden in die Kommission gewählt die Herren Oberingenieur Brennhauseu, Kron (Firma Aron u. Gollnow), Reiter Schmidt und Kaufmann Teschenborsf. Die Namen der zwei zu ernennenden Magistratsmitglieder sollen der Versammlung in der nächsten Sitzung mitgetheilt werden.

Landgericht. Strafkammer 1. — Sitzung vom 8. Dezember. — Der Mühlenbesitzer Emil Gerber zu Schwanteschagen war zu Ende des Jahres 1884 in Vermögensverfall gerathen und wurde schließlich die Beschlagnahme seiner Besizung und unterm 29. September 1884 auch die Zwangsversteigerung derselben durch das Amtsgericht zu Stenitz verfügt. Ehe das Gericht jedoch von dem Gute Besitz ergriff, hatte Gerber schon Alles aufgebieten, um den Werth desselben möglichst zu verringern und für sich selbst noch Baargeld herauszubringen; so ließ er den ganzen zur Besizung gehörigen Wald abholzen und verkaufen, das lebende und todt Inventar wurde veräußert, sodas im Laufe von 14 Tagen gegen 100 Fuhren von der Gerber'schen Besizung abgefahren wurden. Zu dem Hauptabnehmer der Sachen gehörte der nächste Nachbar des Gerber, der Gutbesitzer Karl Joh. Ludwig Klünder, Besitzer des Gutes Jarglaff, derseibe hatte nicht nur Holz, Kartoffeln, Heu, Stroh, Eggen, Pflüge von G. angekauft, sondern auch lebendes Vieh in seine Ställe zur Aufbewahrung genommen und zwar sind diese Gegenstände theilweise zur Nahrung nach seinem Gehöft geschafft. Diesem Umstand hatte es Klünder zu danken, daß gegen ihn Anklage auf Grund des § 137 des St.-G.-B. erhoben wurde, indem man annahm, daß er wußte, daß die von ihm bei Seite geschafften Gerber'schen Vermögensstücke bereits vom Gericht mit Beschlagnahme belegt waren. In dem deshalb heute anberaumten Verhandlungstermin behauptete Klünder, er habe von der gerichtlichen Beschlagnahme nicht das Geringste gewußt. Durch die Beweisaufnahme hielt der Gerichtshof dies jedoch für erwiesen und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 Monat.

Kunst und Literatur.

Leßing, Perlen. Eine Blumenlese aus Lessings Werken. Von Blumenan. Bielefeld bei A. Helmh. Preis 1,25 Mark.

Die Blumenlese ist wohl geeignet, um dem Geiste Lessings neue Freunde zu erwerben und die Gedanken des großen Dichters weiteren Kreisen zugänglich zu machen.

D. von Redwitz, Hymen. Ein Roman. Berlin bei W. Herp.

Der Verfasser führt uns hier eine Ehe vor, welche sich romanhaft gestaltet, indem der Ehegatte, von Dunkel und schwärmerischen Phantasien erfüllt, nicht nur sein Leben in Wüßiggang verbringt, sondern auch seine Kinder von erwerbender Arbeit, von freudigem Schaffen abhalten will, und dadurch seine edle, aufopferungsvolle Gattin und seine braven Kinder unglücklich macht, sich selbst aber bis in den Wahnsinn treibt. Das Buch ist reich an ergreifenden Szenen, die Charakterechilderung ist trefflich durchgeführt.

Endlich werden wir eine zuverlässige, im ganzen deutschen Reich allein gültige Spiritus-Tabelle erhalten. Die kaiserliche Normal-Messungs-Kommission hat sich zur Herausgabe einer amtlichen Tafel zur Ermittlung des Alkoholgehaltes von Spiritusmischungen entschlossen, welche Anfang Dezember im Verlage von Julius Springer in Berlin erscheinen wird. Dieselbe soll (nur 60 Pf. kostend) den allgemeinen Klagen über die Unzulänglichkeit der bisherigen Tafeln abhelfen und wird künftighin im Spiritushandel allein maßgebend und anerkannt sein.

Zwei in ihrer Art treffliche und geschätzte Kompendien, Schöbers Katechismus der Volkswirtschaftslehre und Krichmanns Katechismus der Philosophie, sind soeben in neuen Auflagen (Leipzig, J. J. Weber) erschienen und seien zu Weihnachtsgeschenken empfohlen.

Segebarth, Snaken an Smurren. Rostock bei W. Werther. Preis 1,80 M.

Der Verfasser, schon aus mehreren kleinen plattdeutschen Gesichten bekannt, bietet in dem vorliegenden Bändchen Gesichten heitern Inhalts, welche alle Freunde plattdeutscher Mundart und deren Dinges aus unsern ländlichen Bezirken mit Vergnügen lesen werden.

Bermischte Nachrichten.

— Frischgen erhält von seinem Bruder eine Dörse und fängt furchtbar an zu weinen. „Wesha b haust Du ihm nicht eine zurecht?“ sagt die Doone. „Ja, ich habe ihm zuerst eine zurechtgegeben!“

Bankwesen.

Benediger 30 Lire-Rofoe von 1869. Die nächste Ziehung findet am 31. Dezember statt. Gegen den Kursverlust von ca. 1,50 Mark bei der Auslösung übernimmt das Bankhaus Kari Novburger, Berlin, Französishe Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 30 Pfennig pro Stück.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Karlruhe, 7. Dezember. Nach der kirchenpolitischen Vorlage soll der Kurie die Befugnis gewährt werden, für Schüler resp. Studierende an Gymnasien und Universitäten unter Staatsaufsicht stehende Konvikte zu errichten; ferner soll der Gerichtshof für geistliche Angelegenheiten aufgehoben und endlich die Regierung ermächtigt werden, in einzelnen Fällen zur Annulla in der Seelsorge Mitglieder von solchen Orden zuzulassen, welche im Großherzogthum nicht registriert sind.

Wien, 7. Dezember. Ueber Grenzmaßnahmen werden in nächster Zeit militärische Beratungen unter dem Vorstehe des Kaisers entscheiden.

Wien, 7. Dezember. Die Abendbörse eröffnete in Folge des Dementis betreffs einer diplomatischen Note an Rußland besser. Später trat jedoch wieder eine empfindliche Mattigkeit ein, da Galizier stürmisch ausgetreten und bis 197,50 gedrückt wurden. Dieser starke Rückgang der Galizier wurde damit erklärt, daß eventuell der Frachtenverkehr auf der Karl-Ludwigs-Bahn eingestellt werden müßte. Das Gold-Agio war steigend.

Brüssel, 7. Dezember. Repräsentantenkammer. Auf eine Interpellation des Abg. Neujean bezüglich der Aufträge für Kanonenlieferungen erwiderte der Kriegsminister, er nehme fortwährend auf die Interessen der Industrie Rücksicht, aber er suche dieselben so viel wie möglich mit den höheren Interessen der nationalen Verteidigung zu verbinden. Von dem während der letzten zehn Jahre für die Artillerie verausgabten 21 Mill. Franken seien 18 1/2 Millionen im Lande verblieben. Bei den Bestellungen für die Armierung der neuen Moselforts werde eine Konkurrenz innerhalb der nationalen Industrie ausgeschrieben werden. Die königliche Geschützfabrik zu Lüttich sei mit der Herstellung bestimmter Kanonen beauftragt worden, während Feldgeschütze von stärkerem Kaliber im Auslande hergestellt werden würden, um nicht die Einheitlichkeit des Systems zu gefährden.

Paris, 7. Dezember. Der Präsident Sadi Carnot ließ heute Nachmittag Fallieres zu sich entbieten und offerirte ihm die Bildung des Kabinetts. Fallieres lehnte unter Berufung auf seinen Gesundheitszustand und auf den Mangel an genügendem Ansehen, um die Verantwortlichkeit der Regierungsgewalt an sich zu nehmen, ab. Fallieres Freunde sind indessen, der „Agence Havas“ zufolge, der Meinung, er werde schließlich wohl annehmen. Sollte er auf seinem Entschlusse beharren, so gilt für wahrscheinlich, daß Sadi Carnot Goblet berufen würde.

Paris, 7. Dezember. Fallieres hat die Bildung eines Kabinetts endgültig abgelehnt, in Folge dessen hat der Präsident Sadi Carnot Goblet zu sich entbieten.

Goblet hat dem Auftrag zur Bildung eines Kabinetts angenommen.

Rom, 7. Dezember. Es bestätigt sich, daß der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn heute Abend unterzeichnet wird. Derselbe soll morgen der Deputiertenkammer unterbreitet und seine Verathung für dringlich erklärt werden. Der Vertrag umfaßt in 30 Artikeln einen Tarif A, durch welchen beim Eintritt in Italien 49 Kategorien von Waaren zu Gunsten Oesterreichs, und einen Tarif B, durch welchen beim Eintritt in Oesterreich 74 Kategorien von Waaren zu Gunsten Italiens behandelt werden, ferner ein Zollartikel im Schlußprotokoll und endlich eine Konvention wegen Bekämpfung von Viehseuchen.

Rom, 7. Dezember. Die hiesigen offiziellen Blätter publiciren ihre Berliner und Wiener Telegramme über die russischen Truppenzusammenziehungen an leitender Stelle. Die „Tribuna“ fürchtet, die Tripelallianz dürfte ihren Zweck verfehlen und statt eines Friedensbundes ein Kriegsbund werden; trotzdem hofft sie noch, das Kriegsgeschehen der Offiziere werde sich auch diesmal ebenso illusorisch erweisen, wie so oft in letzter Zeit.

London, 7. Dezember. Die Morgenblätter betrachten die Situation erster als jemals. Telegramme aus Berlin, Wien und Rom konstatiren russische Rüstungen gegen Deutschland und Oesterreich und Truppenanhäufung an der Grenze. Pariser Privatmittheilungen berichten von Hoffnungen in Ravennakreisen.

London, 7. Dezember. Bei dem Fallissement des Lord Loftus, früheren englischen Botschafters in Berlin und Petersburg und Gouverneur von Australien, betragen die Passiven 62,000 Pfd. Sterl.; Aktiva sind nicht vorhanden.

In Coates in der Grafschaft Gloucester in Schottland wurden angeblich sehr reiche Goldminen entdeckt.

7. ohne Beschränkung.

